

Double Dip

vom Zusammenbruch unseres Finanzsystems

von Univ.-Lektor Prof. Prof. Mag. Dr. Walter Weiss, Philosoph und Wirtschaftsgeograph in Wien–Klosterneuburg

Ich weiß es nicht.
*Peter Abaelards letzte Worte
am 21. April 1142*

Ich schon.
Walter Weiss

Über Vierzehn Billionen Dollar, das sind immerhin 14. 000 Milliarden Einheiten der Leidernoch-, Weltwährung“, beträgt die Staatsverschuldung der USA. 2,6 Billionen Dollar hält China als Devisenreserve und ist damit der größte Gläubiger der USA. 750 Milliarden Euro beträgt der verlaubte „Bankenschutzschirm“ der EU (der in Wirklichkeit ‚nur‘ 440 Milliarden Euro beträgt), der zur Zeit vornehmlich über Griechenland und Irland aufgespannt ist. Seit Mai 2010 hat die Europäische Zentralbank EZB auf dem Sekundärmarkt um 76,5 Milliarden Euro Staatsanleihen vor allem von den bankrotten Peripherieländern der EU (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien) aufgekauft. Über einen erweiterten Euro-Rettungsschirm (oder „Rettungsfonds“; EFSF) wird z. Z. (zu Beginn 2011) von der EU 27 (uneinig und uneinheitlich) nachgedacht. Es soll sich um weitere 440 Milliarden Euro handeln. Das Fiat-Money (vom lateinischen fiat: „es wird gemacht“), also das „gemachte“ (Giral-) Geld, das die Finanzblasenwirtschaft über Luftkredite (also Geldbeschaffung ohne Gegenwerte) und Derivate nach wie vor speist (und sie damit vor dem Kollabieren schützt) beträgt rund 520 Billionen US-Dollar, also das fast 10fache des Weltsozialproduktes von rund 58,14 Billionen (= 58 140 Milliarden) US-Dollar (2009). 2008, vor dem Ausbruch der Krise, waren es noch an die 62 Billionen US-Dollar gewesen. Anders ausgedrückt gibt es heute an die 10mal mehr (nur in Computern existierendes) Buchgeld auf der Welt, als ihm Waren bzw. Leistung real gegenüberstehen, was bedeutet: Jeder Dollar (jeder Euro), im Grunde jedoch jedes Zahlungsmittel (über die Vielzahl der Währungen gemittelt) ist nur ein Zehntel dessen wert, was der Nennwert der jeweiligen Münze oder Banknote angibt. Der Präsident des Federal Reserve Board, FED, („Notenbankchef“ und seit 2006 Nachfolger Alan Greenspans), Ben Shalom Bernanke, verkündete dessen ungeachtet noch 2009, daß er, bevor die US-Wirtschaft kollabiere, mit einem Hubschrauber über New York fliegen und säckeweise Dollarnoten über dem Big Apple regnen lassen würde: nur um den Konsum der US-Bürger und damit die US-Wirtschaft anzukurbeln ... (Daher sein Spitzname „Helikopter Ben“.)

Er würde mit diesem von der FED gedruckten, von keinen Realwerten gedecktem (Inflations-) Geld allerdings nur weitere Importe der USA forcieren ... Denn die US-amerikanische Industrie liegt seit Jahren am Boden, und das Handelsbilanzdefizit der USA ist chronisch: Die Yankees leben – wie gewohnt, weil seit Jahrzehnten kapitalistischer Ideologie ihnen anerzogen – auf Pump, und die Chinesen leihen ihnen über ihre Billigwaren das Geld, indem sie (noch) willig Staatsanleihen der bankrotten USA kaufen - als Kredit an die (noch) größte Wirtschaftsmacht der Welt, damit deren Bürger fernöstliche Waren von zumeist inferiorer Qualität auch kaufen können.

Sind alle verrückt geworden?

Wirklich alle?

Es war im November 2010 in einer Sendung des alltäglichen Morgenjournals von Ö1 (dem Paradesender des Österreichischen Rundfunks) gewesen, als der Finanzminister der Republik Österreich, Josef Pröll von einem mutigen Journalsprecher zum Griechenland-Rettungsschirm, der damals gerade am Aufspannen war, interviewt worden war: Ob das nicht ein wenig riskant sei für die österreichischen Steuerzahler? Nein, es bestünde für die Bürger nicht nur Österreichs, sondern der gesamten EU keinerlei Gefahr, denn es handle sich ja um kein Geldgeschenk an die Griechen, sondern nur um eine Art Bürgschaft der EU, an der sich eben auch Österreich beteilige. Ob im Falle des Schlagend-Werdens dieser Haftung da nicht doch einiges auf die Österreicher zukäme, erkundigte sich der Interviewer besorgt. Nein, denn das könne nie schlagend werden, da die Griechen den Weg aus ihrer Krise alleine schaffen würden. Und wenn nicht? Undenkbar.

Der Interviewer gab weder nach noch auf und meinte besorgt, wie denn das sei bei einem Privatkredit, zu dessen Erlangung doch fallweise auch ein Bürge verlangt werde. Dieser Bürge müsse doch dann im Falle der Illiquidität des Schuldners einspringen, oder? Bei Griechenland sei das etwas völlig anderes, meinte der Finanzexperte, und man könne und dürfe beides nicht miteinander vergleichen. „Aha“, meinte nach dieser Eröffnung der Interviewer (Hubert Arnim-Ellissen) perplex und verduzt ... und hatte mit seinem solcherart geäußerten Erstaunen eine veritable Beschwerde des ÖVP-Finanzministers beim ORF (dem Österreichischen Rundfunks) am Hals. Die sofortige Absetzung des unbotmäßigen Fragers wurde vehement eingefordert. Das Anbot des Redakteurs, mit dem Finanzminister ein nochmaliges offenes Gespräch über Bürgschaften und Schuldner zu führen, wurde nicht einmal beantwortet. Allerdings wurde der ORF-Mitarbeiter auch nicht gefeuert ... Aha.

Was ist wirklich der Unterschied zwischen Griechenland und einem Privatschuldner? Wir kennen die Antwort: „Too big to fail“, also: „Zu groß, um bankrott zu gehen.“ Bei Lehman-Brothers nützte deren schiere Größe allerdings nichts – hatte doch ein Gutteil europäischer Öffentlicher ihr „Familiensilber“ in die USA verkauft und zurückgeleast und die Käufer über diese Bank ihre Zahlungen getätigt ... bei noch offenen Beträgen ... Tag-täglich (!) gehen bis heute in den USA kleinere – aber auch größere – Lokalbanken pleite, die man in Luftinvestments mit hohen Renditeversprechen hineingelockt hat – vornehmlich aber wegen nicht rückzahlbarer Kredite sich übernommen habender US-amerikanischer Häuslbauer. Diese waren Opfer von Fannie Mae (Federal National Mortgage Association, FNMA) und von Freddie Mac (Federal Home Loan Mortgage Corporation, FHLMC) geworden: Beide waren Hypothekenbanken, die völlig sorglos Realitäten im Wert von 2 400 Milliarden US-Dollar gebündelt und besichert hatten – bis der Wert der Hypotheken unter die Kreditsummen sank, und der Staat beiden Pleitiers bis Ende 2010 rund 112 Milliarden US-Dollar an Finanzspritze zuschießen mußte ... aus Steuergeldern natürlich.

Nicht pleite geht natürlich die FED, die „Federal Reserve Bank“, von Ignoranten zumeist fälschlich als „Notenbank“ der USA bezeichnet, was sie aber nicht ist. Sie ist vielmehr ein Kartell jener Großbanken, die der ehemals bekannteste Rechtspopulist Österreichs, Jörg Haider, mit „Ostküste“ bezeichnet hatte. Die FED ist niemandem verantwortlich, am wenigsten dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Regierung und: Sie hat auch die Oberhoheit über die Geldpresse. Jede Tag werden über 5 Milliarden (!) Greenbacks ‚auf Luft‘ ‚gedruckt‘ (in Wirklichkeit elektronisch in die Welt gesetzt) und in die marode US-Wirtschaft eingespeist. Jede ordentliche Nationalbank einer anderen Volkswirtschaft hätte mit einem derartig skrupellosen Vorgehen eine Hyperinflation ausgelöst – nicht das FED der USA. Wieso nicht?

Real- und Giralgeld

Der US-Dollar ist die globale sogenannte „Welt-Leitwährung“, das heißt der Großteil der US-Währung (heute über 80 %) kursiert nicht *im* Land, sondern *außerhalb* des nationalen Wirtschaftsraumes. Innerhalb eines solchen sollte nämlich ein gewisses Gleichgewicht zwischen umlaufender Währung und konsumierten Gütern herrschen ... Daß dieses „Gleichgewicht“ mit der Erfindung des Buch- oder Giralgeldes längst keines mehr ist und sein soll, wissen jeder gelahrte Ökonom aber auch einfache Bankkunde, denn: Mit jeder Kreditgewährung (und jede Überziehung eines Bankkontos ist Kredit!) wird das in der Realwirtschaft umlaufende Geld um genau den Kreditbetrag erhöht: Der Kreditgeber (die Bank) gibt das Geld her, das es – ursprünglich zumindest – auch realiter, zumindest zu einem gewissen Prozentsatz, hätte bar haben sollen, besichert etwa durch die Einlagen der Sparer; und der Schuldner hat es nun – und gibt es aus. Daß diese „ordentliche“ Geldgebarung einer Geschäftsbank (Stichwort: Mindestreservenpolitik) längst nicht mehr so funktioniert(e) und dem verborgten Geld oft nur mehr Bruchteile an ‚Realgeld‘ (oder gar nur an Schulden) entsprachen, ist heute Gemeinwissen. Die „gegensteuernden“ Baseler Abkommen verlangen für Staatsanleihen keine Hinterlegung von Eigenkapital und durch ‚innovative‘ Konstruktionen kann im Privatbereich das 200-fache der Eigenmittel an Geld geschöpft werden. Außerdem werden die Baseler Abkommen von den USA nicht umgesetzt.

Dies verleitet zu einem Exkurs zur (Noch-) Sondersituation des US-Dollar: Seine (Noch-) Leitwährungsfunktion wurde über das unter Präsident Nixon gemeinsam mit der britischen Finanzwelt erfundene „Petrodollar-Recycling“ abgesichert. Ein Großteil des Welthandels – insbesondere Erdöl – wird in Dollar abgewickelt, und Dollar-Anleihen werden im Ausland noch immer akzeptiert (siehe oben China). Dadurch wird US-Inflationsgeld kanalisiert. Der Großteil des Fiat money wird jedoch über die ‚Finanzblasenwirtschaft‘ gebunden, die in den USA erfunden wurde (siehe unten) und von der Londoner City mit-administriert wird.

Hat derjenige, der sich auf obige Weise Geld besorgte, dieses nun nicht in Waren oder Realitäten investiert, sondern in virtuelle Werte (z. B. Futures), mit dem Auf und Ab von Währungen spekuliert, ist er auf Termingeschäfte eingegangen, hat er in Hedge Fonds eingezahlt und/oder Derivate aller möglicher Formen gekauft, war damit das Geld der Realwirtschaft entzogen und in die Finanzblasenwirtschaft eingespeist worden ... Da zumeist mit US-Dollars spekuliert wird, sind solche Beträge jedenfalls außer Landes – oder als Giralgeld bloß „im“ Computer – und tangieren die nationale(n) Wirtschaft(en) zumindest nicht vordergründig: Das geborgte Geld wird ja nicht in Waren investiert (und könnte damit deren Preisstabilität bei zu großer Nachfrage gefährden), sondern „arbeitet“ als Fiat-Geld außerhalb der Realwirtschaft im virtuellen Raum der Finanzblasenwirtschaft.

Die Realwirtschaft beginnt erst dann aus dem Ruder zu laufen, wenn Kredite nicht mehr ordnungsgemäß bedient werden und die Rückzahlungsraten auszubleiben beginnen. Reagiert die Bank mit sofortigem Fälligstellen des Kredites, ist als erstes das besicherte Objekt (zumeist das Haus, aber auch das Auto) perdu; in Folge bricht auch der Konsum des jetzt mitunter sogar obdachlos Gewordenen weg. Passiert das millionenfach (wie beim Platzen der Immobilienblase in den USA), gehen auch die Gläubigerbanken pleite – oder sie werden – wie im Falle von Freddie Mac und Fannie Mae (beides übrigens Akronyme) – von der Regierung entweder mit Steuergeld oder schlicht mit extra dafür gedrucktem Geld „gerettet“. Da keine Regierung der Welt (außer der Schweiz, Norwegen, China und ein paar anderen Auserwählten) über ausreichend Devisenreserven verfügt, sondern sich schon längst verschuldet hat (um z. B. die

ständig steigenden Sozialansprüche ihrer Bevölkerungen abzudecken), bleibt nur der Weg der staatlichen Kreditaufnahme: in Form von Staatsanleihen (Bonds) beim Bankenapparat. Der gibt Geld sehr gerne an Regierungen – man braucht diese Kredite gemäß den Baseler Finanzregeln ja nicht mit Eigenkapital zu unterlegen –, und was gäbe es Sichereres als einen Staat? Wie sollte der auch pleite gehen? Was wollte man ihm „pfänden“? Seine Berge? Seen? Inseln? Seine staatlichen Unternehmen, seine Infrastruktur?

Genau das. Man kann auch Optionen auf zukünftige Einnahmen verlangen ...

Die Schuldenfalle

Die USA haben dieses Problem nicht. Das FED druckt einfach das von ihnen benötigte Geld und verleiht es der Union (USA) gegen Zinszahlung. Diese erhöht damit ihre Staatsschulden – 14,1 Billionen (US-Trillion) US-Dollar sind es zur Zeit. Umgelegt auf deren Bruttoinlandsprodukt (fortgeschrieben für 2010) von rd. 14,6 Billionen US-Dollar, sind das immerhin fast 100% der Jahreswirtschaftsleistung der USA. Rechnet man die ausgelagerten Schulden und die Schulden der de facto bankrotten Bundesstaaten und Gemeinden hinzu, dann liegt die Verschuldung der öffentlichen Hand weit höher als die Staatsverschuldungen der wirtschaftlich am schlechtesten dastehenden Staaten der EU betragen.

Was machen aber kleinere Staaten? Z. B. die einzelnen Bundesstaaten der USA? Kalifornien etwa? Europäische Staaten wie Island, Irland, Griechenland, aber auch Portugal, Spanien und Italien, denen die EZB keine „rettenden“ Euros druckt? Wie wär 's mit Österreich, mit Kärnten, Niederösterreich und Wien, mit irgendeiner kleinen Gemeinde? Niederösterreich ist nach Kärnten und noch vor Wien das am höchsten verschuldete Bundesland Österreichs ... die viertgrößte Stadt Niederösterreichs, Klosterneuburg, zahlt gewährte (z. B. Kultur-) Subventionen ab 2011 nur mehr zu 50 % aus – aus Mangel an Geld und versehen mit dem Hinweis, daß, sollte sich die finanzielle Lage ändern, der restliche Betrag zur Auszahlung gelangen werde ... Also nie, da die angehäuften Schulden nimmermehr abgebaut werden können.

Was vier Absätze weiter oben noch als Frage formuliert war („Was soll man ihm pfänden?“) ist bereits längst erfolgt: Teile der staatlichen, bundesland- und gemeindeeigenen Infrastruktur sind in Österreich (und nicht nur hier!) längst verkauft – und zurückgeleast worden: von Bundesländern (z. B. von der Tiroler Wasserkraft AG, TIWAG), von Gemeinden (das Wiener Kanalnetz und Straßenbahn z. B.), während ganze Banken (die ehemalige Wiener Zentralsparkasse etwa über den Umweg der Bank Austria) schlicht verkauft wurden: letztere an die italienische Unicredit. Die Österreicher verscherbeln z. Z. u. a. – und das ziemlich erfolglos – ihre Kasernen; über all das andere „Familiensilber“ an ehemaligem Staatsbesitz, das bereits seinen Eigner gewechselt hat – vom Erdöl über Münze und Salz bis zum Tabak –, soll hier der Mantel des Schweigens gebreitet werden. Den Griechen hat man jedenfalls angeboten ganze Inseln zu verkaufen – und einiges ihrer zukünftigen Staatseinnahmen zu verpfänden, damit sie weiterwursteln können.

Das Großkapital als Souverän und der ‚Souverän‘ (das Staatsvolk) in finanzieller Geiselhaft ... allerdings in einer besonderen: Die Sklaven kennen ihre Herren nicht mehr ...

Steigt die Wahrscheinlichkeit, daß auch Staatsanleihen nicht mehr zurückbezahlt werden können – und diese Gefahr besteht bei gut einem Drittel der EU-27 –, werden auch die Gläubigerbanken nervös und lassen sich ihr Risiko durch sogenannte Risikoaufschläge abgelten. In Form von Credit Default Swaps, also in Form von Schuldverschreibungen über das Ausfalls-

risiko, wird dieses sogar handelbar gemacht. Solche Risikoaufschläge können gut und gerne zu Zinshöhen von 7 % und mehr führen (bei Griechenland betrug diese vor dem Eintreten der EU als „Bürge“ 8,5 %!), was eine Kreditnahme unleistbar macht und an den Lebensnerv eines Staates gehen kann. Müssen dennoch neue Schulden aufgenommen werden, um fällig gewordene alte zu bedienen, bleibt einem Staat oft nichts anderes übrig, als diese Wucherbedingungen zu akzeptieren – und die Finanzhaie wissen darum: Sie haben die Staaten ja in diese Situation hineingetrieben!

Mitglied einer Staatengemeinschaft wie der EU zu sein, ist da für einen in die Enge getriebenen Staat von Vorteil. Wenn auch ursprünglich dezidiert jede gegenseitige Kreditvergabe unter den Mitgliedsstaaten der Währungsunion des Euro ausgeschlossen war (Lissabonner Verträge), erhob sich erstmals bei Griechenland die Frage, was à la longue das geringere Übel sein mag: das Land in die Pleite rasseln und aus dem Euro-Verband zu entlassen – oder Garantie für seine staatlichen Schrottpapiere zu übernehmen. Das kommt zwar einer „Bürgschaft“ gleich, ist aber offiziell keine.

Für die europäischen Banken ergibt sich bei der Staatsfinanzierung ein lukratives Geschäft. Man holt sich bei der EZB, also der „Mutterbank“ des Euro, zu einem Leitzinssatz von 1 % Geld und verleiht es zum mindestens vier-, ja bis zum siebenfachen Zins weiter. Dies ist allemal besser, als bei ausländischen Banken (die „Ostküste“ kommt da wieder ins Spiel) für „frisches Geld“ Wucherzinsen zahlen zu müssen ...

So gut, so schlecht, denn: Auch die EZB – im Unterschied zum FED und der mit ihm verwobenen „Ostküste“ verfügt diese über keine Lizenz zum Gelddrucken! – gewährt nur *Aufschub* der Schuldentrückzahlung; die offenen Forderungen der Gläubiger (meist europäische und amerikanische Banken) bleiben ja aufrecht! Aber die EZB zwingt den Schuldner (also Irland, Griechenland ...) zum Sparen, um zumindest auf diese Weise zukünftige Schulden zu minimieren ... vom Unterlassen weiteren Schuldenmachens ist da freilich nicht die Rede, das wäre auch gar nicht zumutbar, denn: Es gibt keine Möglichkeit, durch bloßes Sparen die Schuldenberge *abzutragen*. Man kann bloß neue Schulden minimieren – aber nicht vermeiden.

Konsolidieren der Staatsfinanzen ...

Das nicht *weitere* (!) Anhäufen von Schulden geht bekanntlich auf viererlei Wegen:

- 1) durch Einschränken der Ausgaben
- 2) durch Erhöhen der Einnahmen
- 3) durch Verkaufen von „Familiensilber“, also von Staatseigentum
- 4) durch „Zocken“ mit Staatsgeld (= Steuergeld) in der Finanzblasenwirtschaft, um dort auf die – meist – hohen Renditen zu hoffen. Die öffentliche Hand spekuliert also mit Geld, das ihr gar nicht gehört, sondern nur zur Verwaltung übergeben worden ist!

Zu Punkt 4): So mancher für die Finanzen Verantwortliche hat sich dabei schon die Finger verbrannt, da in Folge der nach wie vor akuten (!) Wirtschaftskrise mehrere Steuermilliarden versenkt worden sind – anstatt erzockten Gewinn abzuwerfen. Die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und das Land Niederösterreich (NÖ) sind da schlechte „Vorbilder“... allerdings haben nur bei den ÖBB die Verantwortlichen den Hut nehmen müssen ... und der BA-WAG-Skandal (Bank für Arbeit und Wirtschaft) ist bis heute nicht restlos aufgeklärt, auch wenn der für hauptverantwortlich Erklärte nach wie vor einsitzt ... wenn auch nach vier Jahren (!) nicht mehr in Untersuchungshaft.

Die europäischen Geschäftsbanken zocken heute mehr denn je. Hatten sie vor dem ersten Dip der Krise noch leichtsinnig und fahrlässig Kredite vergeben (u. a. uneinbringliche nach Ost- und Südosteuropa), borgten sie sich nach Erhalt der Steuermilliarden aus dem „Bankenschutzschirm“ („Sozialisierung der Verluste“; eigentlich gedacht zur Erhöhung der Liquidität der Banken via höherer Mindestreserve!) – diese als Besicherung nutzend – von der EZB (zum Teil auch vom FED) um den Leitzinssatz von 1 % weiteres Geld. Dieses dienten sie mit bis zu 7 Prozent Aufschlag den diversen Regierungen und mit noch höheren Zinssätzen auch Privaten an – denen allerdings weit vorsichtiger! (Stichwort Basel II und III! Das war und ist die berühmte „Kreditklemme“ der Realwirtschaft!). Oder sie zockten – jetzt erst recht! – im virtuellen Raum der Finanzblasenwirtschaft. Da nach dem ersten Dip alle Werte in den Keller gerasselt waren, konnten nur mehr Gewinne eingefahren werden gemäß dem ehernen Gesetz der Börse: starke Nachfrage läßt die Werte von Papieren steigen ...

Daher wurde mit dem Geld aus dem „Bankenschutzschirm“ von den Banken auch eigene Aktien aufgekauft: ein genialer Schachzug professioneller Zocker, der den Banken in Summe Milliarden Gewinne – und der Gesellschaft Millionen Arbeitslose eingebracht hat. Die Bonizahlungen an die Bank(st)er beweisen es. Der ordinäre Bankkunde kriegt 1,25 % für seine Giroeinlage und bestenfalls 2,3 % für ein zweijährig gebundenes Sparbuch – aber die Inflation liegt nirgendwo mehr darunter. Der Normalbürger verliert also mit Sparen sein Kapital ... Da könnte er sein Geld gleich vergraben – er hätte es dort sicherer, auch wenn es nur um ein wenig mehr weniger wird –, subventionierte damit aber nicht die Bank(st)er! Zeitungen haben darüber berichtet: Ein österreichischer Banker hatte in großem Ausmaß eine große Menge der völlig verfallen gewesenen Aktien der eigenen Bank angekauft und innerhalb weniger Monate 600 000 Euro Gewinn eingefahren ... Ganz legal, natürlich ...

Punkt 3) ist bereits ausgereizt: Der Ausverkauf („Privatisierung“) von öffentlichem Besitz ist heute so weit fortgeschritten, daß die Staaten und Gebietskörperschaften kaum mehr über wesentliche verkaufbare Realitäten oder (staatliche oder staatsnahe) Betriebe verfügen. Post und Bahn sind in Österreich zer- und angeschlagen, private Postdienste drängen auf den Markt, und auf den Gleisen der Bahn fahren auch private Züge. Privatunternehmen bauen Autobahnen (was die ASFINAG, der österreichische Straßenerhalter) allerdings nur ein einziges Mal versucht hat; das Teilstück kam letztlich teurer). Unter dem Schlagwort des „Neo“-Liberalismus muß überall für „gesunde“ Konkurrenz gesorgt sein, Monopole darf es keine mehr geben (was allerdings nicht das Schlechteste wäre, wenn diese ihre Gewinne für die Allgemeinheit ablieferten). „Freier Wettbewerb“ ist das Schlagwort der EU. Sie ist damit am Puls der USA, aber wohin das führen wird, ist auch klar: Der Billigstanbieter (der aber nicht der Beste sein muß, ja es aufgrund des Preisdumpings gar nicht sein kann!) könnte letztlich übrigbleiben und – wieder – die Preise diktieren ... Genau das nannte man früher „Monopol“ ... Die Regulierungsbehörden der EU bemühen sich z. Z. jedenfalls noch, das zu verhindern. Ausnahmen wie bei der Lufthansa zeigen jedoch, daß zwischen Theorie und Praxis eine breite Lücke klafft.

Bleiben die Punkte 1) und 2). Ad Punkt 1): Einschränken der staatlichen Ausgaben führt unweigerlich zum Schrumpfen der Wirtschaft – soweit es sich um Ausgabenreduzierung im realwirtschaftlichen Sektor handelt, also etwa beim Hinausschieben von geplant gewesenen Infrastrukturprojekten wie die Modernisierung von Bahnhöfen und das Schlagen von Eisenbahntunnels (z. B. Semmering-Basistunnel) oder dem Bauen neuer Autobahnteilstücke, (z. B. die Westumfahrung Linz) ... All das wird aber zwischenzeitlich gebaut – mit abenteuerlichen Finanzierungsmodellen! Die eingegangenen Verschuldungen werden nie (!) bedient werden können! Und die Verantwortlichen wissen es auch ...

Wird „bloß“ der Verwaltungssektor gesundgeschrumpft (nur Griechenland und Portugal leisten sich z. Z. dieses gesellschaftspolitische Harakiri; in Österreich wird um jede Verwaltungsreform seit Jahrzehnten ein weiter Bogen gemacht!), hat das für den Staatshaushalt primär zwar positive Folgen, schlägt aber sofort auf den Konsum der Bevölkerung durch: Weil Beamte mit niedrigerem Einkommen sich weniger leisten – können. Auch das schiere Beschränken der Einstellungszahlen von Beamten erhöht die Arbeitslosenzahl – man kennt ihn ja, den alten Kalauer: „Wer nichts ist und wer nichts kann, geht zur Post oder zur Bahn. Ist auch dort kein Posten frei, der geht zur (Wiener) Polizei.“ Rückläufiger Konsum bremst die Wirtschaft – also hat Österreich seinen Beamtenapparat gar nicht erst gesundgeschrumpft und ist der dahindümpelnden Wirtschaft mit Kurzarbeit – übrigens sehr erfolgreich – begegnet. Österreich steht heute besser da als so mancher andere EU-Staat. Diese Kurzarbeit hat dem Staat aber jede Menge an – über Kredite finanzierte – Quersubventionen gekostet ... Die Verschuldung der Alpenrepublik (zu Lasten der nächsten Generation) hat also zu- und nicht abgenommen – was nicht unintelligent war, denn: Diese Schulden brauchen gar nicht mehr zurückbezahlt zu werden: weil Rückzahlungen auch nicht (mehr) vorgesehen sind ...

Bleibt obiger Punkt 2): Einnahmen erhöhen, sprich: an der Steuerschraube drehen.

Barack Hussein Obama hat 2010 die Sondersteuerrechte für Vielverdiener seines Vorgängers George W. Bush *nicht* zurückgenommen – aus faulem Kompromiß mit den Republikanern übrigens. Die reich(st)en Amerikaner zahlen nach wie vor wenig Steuern (was deren Progression anlangt), die ärmsten 30 % gar keine – und der Mittelstand bricht unter der auf ihn konzentrierten Steuerlast weg und zusammen. Dazu kommt die steigende Arbeitslosigkeit in „God’s own country“ und das Durchwursteln mit „Mac jobs“, also unterbezahlten Teilzeitbeschäftigungen, von denen der verarmte Mittelständler z. Z. gleich mehrere ausüben – muß um überleben zu können.

Soviel zu Obama.

... am Beispiel Griechenland

In Griechenland, Irland und Portugal (aber auch in Island) werden die Gehälter der Staatsdiener gnadenlos „gesundgeschrumpft“ – mit katastrophalen Folgen für die Familien der Beamten und den Konsum im allgemeinen. Steuern werden erhöht, direkte wie indirekte, Urlaube werden gekürzt, das Pensionsantrittsalter wird hinaufgesetzt ... Was der Wirtschaft schadet, denn: Leute, die weniger verdienen, geben weniger Geld aus – oder verwenden das ihnen verbliebene zum Befriedigen der vitalen Bedürfnisse, sprich: fürs nackte Überleben.

Die 11,2 Millionen Griechen stöhnen zur Zeit unter den strengen Auflagen ihrer um Einnahmenerhöhung und Ausgabenreduktion bemühten Regierung unter Giorgos Andrea Papandreou, die deswegen so rigide sind, weil die Euroländer ein Gesundheitschrumpfen des griechischen Budgets und eine Verringerung der Neuverschuldung verlangen. Ende 2009 drohte Griechenland ein Staatsdefizit von 12,7 % des BIP, für 2010 war ein Schuldenstand von 121 % (!) des BIP prognostiziert – 60 % waren laut EU-Kriterien erlaubt. Die griechische Wirtschaft war mit 76 % des BIP im Ausland (!) verschuldet, wurde aber von Spanien mit 88 % und von Portugal mit gar 99 % getoppt. Zur Erinnerung: Die USA sind mit 100 % (samt ausgelagerten Schulden und Schulden der Bundesstaaten und Gemeinden ca. 137 % (!)) ihrer Jahreswirtschaftsleistung verschuldet ... ihre Banken (die „Ostküste“) aber schwimmen im Geld des FED; jene der europäischen Mediterranländer allerdings nur in jenem begrenzten der EZB ...

Denn: Noch (!) ist der US-Dollar die Leitwährung und nicht der Euro ... Und demnächst wird es der Yuan sein!

Die Zinsen für 10jährige Staatsanleihen Griechenlands waren im April 2010 auf über 8,5 % gestiegen, was nicht mehr leistbar war. EU und Internationaler Währungsfonds (IWF) gewährten Griechenland eine Schuldenpause in der Höhe von 110 Milliarden Euro – eine Maßnahme, die von den europäischen Finanzministern schöngeredet (siehe das oben erwähnte Interview mit den österreichischen Finanzminister) und mit „Erhalt der Eurostabilität“ begründet wurde, aber nur jenen ausländischen Banken zugute kam, die um ihre Gelder, die sie Griechenland in Form von „Staatsanleihen“ geborgt hatten, nun nicht mehr fürchten mußten. Vor allem die französischen Banken hatten gezittert: Sie waren bevorzugt in Griechenland involviert gewesen.

Papandreou verordnete seinen Landsleuten das Einfrieren von Beamtengehältern über € 2000.– und die Abschaffung von Steuerbefreiungen. Die Mehrwertsteuer wurde auf 21 % angehoben, Mineralölsteuer und Rentenalter wurden hinaufgesetzt. Papandreou führte eine dramatische Verwaltungsreform durch, reduzierte deren Ebenen von fünf auf drei (das käme in Österreich einer Abschaffung der neun Bundesländer gleich) und schmolz die Zahl der Stadtverwaltungen von über 1000 auf 370. Das 13. und 14. Monatsgehalt für Beamte wurde ausgesetzt. An die 65 Milliarden Euro soll der griechische Pusch (= Schattenwirtschaft) wert (gewesen) sein, der nun energisch bekämpft werden soll, und an die 20 Milliarden Euro wurden (werden?) an Steuern hinterzogen.

Ein Schuldenstand von 121 % des Bruttoinlandsproduktes kann aber gar nicht mehr auf Null gestellt werden. Selbst 0 % Neuverschuldung würden den Bruttoschuldenstand Griechenlands (und auch jedes anderen Staates, vor allem der USA mit über 14.000 Milliarden US-Dollar Gesamtschulden – die schon erwähnten 100 % des BIP!) nicht minimieren, sondern nur nicht weiter ansteigen lassen! Wenn also der Abbau der jährlichen Neuverschuldung auf von der EU Griechenland zugebilligte 3 % schon enorme soziale Verwerfungen, wie eben aufgezählt, zur Folge hat – was geschähe mit und in der griechischen Bevölkerung bei einem rigorosen Abbau des Gesamtschuldenstandes?

Schulden – und Banken

Beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos war Ende Jänner 2011 zu hören gewesen, daß der so gerühmte „westliche Weg“ (Eigenheim, Auto, Urlaub, frühe und vor allem gesicherte Pension) ein schierer Irrweg sei und von China und den anderen Schwellenländer nicht übernommen werden könne. Der „American way of life“, mittlerweile auch zu jenem der Nord-, West- und Mitteleuropäer geworden, *sei* schlicht nicht zu finanzieren. Schon gar nicht für 1,3 Milliarden Chinesen und eine Milliarde Inder.

Dem steht allerdings die Tatsache entgegen, daß die jährliche Zunahme der Staatsverschuldungen ungefähr den vom Großkapital nicht bezahlten Steuern entspricht. Wir könnten uns also den in langen Auseinandersetzungen errungenen Sozialstaat leisten, wenn alle mit einem angemessenen (gerechten) Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohles beitrügen.

Die ungebremste Gestion der ‚Finanzindustrie‘, die nur den Eigeninteressen der großen Kapitaleigner dient, zeigt der rund 600 Seiten umfassende Bericht eines Untersuchungsausschusses des US-Kongresses. Dieser legt dar, daß mangels regelnden Eingreifens die Expräsidenten George W. Bush und Bill Clinton neben den Zockern in der Wall Street die Hauptschuld an

der weltweiten Finanzkrise trügen. Die Misere sei „ein Musterbeispiel an Fahrlässigkeit“; in der Finanzbranche wurden „umwerfende Beispiele von Pannen und Verantwortungslosigkeit“ geortet. Der Bericht war freilich nur von den Demokraten, nicht aber von den Republikanern unterzeichnet worden ...

Wie sollten es die USA – die USA schauen über weiteste Landstriche jetzt schon aus wie ein Drittweltland – schaffen, über 14 Billionen US-Dollar Staatsschulden „abzubauen“? Bei einer Arbeitslosenrate von jetzt schon bis zu über 20 % unter den Ärmsten der Armen? Kein Ökonom, nicht einmal die Schönredner – und nur die kommen in der heute bereits weltweit nahezu gleichgeschalteten Presse zu Wort –, würden unter vier Augen (und schon gar nicht öffentlich) einräumen, daß auch nur eine einzige der weltweit angehäuften Staatsschulden abgebaut werden könnte ... und das ja auch gar nicht sollen! Keine Wirtschaft brächte das zustande, kein Staatsmann überlebte eine derartige Roßkur, keine Gesellschaft überstünde das heil. Aufstände, Demonstrationen, der unvermeidliche politische Rechtsruck (in Österreich steht der Rechtspopulist H. C. Strache knapp davor, bei der nächsten Wahl Bundeskanzler zu werden; mit Hilfe der zu einer Restpartei geschrumpften ÖVP mag ihm dies sogar gelingen ...), Nationalismus, zuerst Bürger-, dann auch Kriege gegen die Nachbarn wären die Folge.

Fazit: Eine „geordnete“ Rückführung der aus dem Ruder gelaufenen Staatsverschuldungen zur Normalität ist im Rahmen der gegenwärtigen Finanzarchitektur *unmöglich* – und dies aus gleich mehreren Gründen.

- 1) Geld hat immer Schulden zur Voraussetzung, ja Geld macht nur dann Sinn, wenn es Schuld evaluiert. Es ist immer „Kreditgeld“ und damit de facto bloße Verbriefung (Schuldschein, Wechsel), die kundtut, wieviel mir jemand (ausgedrückt in verbindlicher Währung) für meine Leistung schuldet. Das Gehalt (der Lohn) ist klassisches Beispiel: Ich verrichte Arbeit, und der Arbeitgeber (eigentlich der *Arbeitnehmer*, denn *er* nutzt ja *meine* Arbeit, die ich ihm *gebe*; aber in der Ökonomie sind viele Begriffe sehr seltsam!) entlohnt mich – im nachhinein. Ohne Schuld kein Geld. Würden (alle) Schulden abgebaut, gäbe es auch kein Geld.
- 2) Schulden werden systemimmanent immer mehr: durch den Zinsenzins. Wenn Geld zur Ware wird, es also ge- und verkauft wird, verliert es seinen ursprünglichen Kreditstatus. Wer Geld braucht und keines hat, „kauft“ es. Da Geld an sich *keinen* Wert hat (Geld, das nicht umläuft, ist wertlos; es mag im Sparstrumpf aber beruhigen ...), muß ich mir darum etwas kaufen, um etwas Wertvolles zu haben. Ich könnte es auch investieren: in ein Unternehmen z. B., in Realitäten – oder in Wertpapiere. Letzteres kommt dem Verborgenen gleich – und bringt mir Zinsen: Ich lasse mein Geld (jetzt „Kapital“ genannt) für mich arbeiten und lukriere Einnahmen durch Zinsen. Ich bin also Kapitalist geworden. *Woher* ich mein Kapital habe (erarbeitet, ererbt, erzockt), ist egal. Da Kredite über viele Jahre in Raten zurückgezahlt werden, zahlt der Schuldner nicht nur das ursprüngliche Kapital zurück, sondern auch die dafür vereinbarten Zinsen. Da die Rückzahlung langsamer erfolgt als die Zinsen zum Kapital dazugeschlagen werden, zahlt er auch *Zinsen von den Zinsen* – den Zinseszins. Staaten wenden heute einen Gutteil ihres BIPs alleine für den Zinsendienst auf – von Rückzahlung des ursprünglichen Kapitals gar nicht zu reden ...
- 3) Zocken *schafft* Schulden: Wenn eine Bank sich billig (über die Zentralbank) oder – aus vergangenen Spekulationsgewinnen – quasi *kostenloses* Fiat-Geld besorgt hat und es nun verleiht, sind neue Schulden *kreiert* – und die Boni für die Bank(st)er *garantiert*. Die „Ostküsten“-Banken Goldman Sachs und JP Morgan sollen laut New York Times vom 13. Februar 2010 Griechenland sogar dabei unterstützt haben, das wahre Ausmaß seiner Staatsschulden zu verstecken: indem gewährte Kredite als Währungs-

geschäfte verbucht worden seien. Griechenland habe dafür – oben schon angesprochen – zukünftige (!) Einnahmen wie Flughafengebühren und Lotteriegewinne an die beiden Banken abgetreten ... Liest man zumindest. Das sind Schulden auf *nicht einmal noch Erarbeitetes!*

- 4) Auch Spekulationsgewinne *generieren* Schulden: Bei Investitionen in der Realwirtschaft lassen sich Gewinne („Renditen“) von – in der Regel – maximal zehn Prozent einfahren. Bei hochriskanten Hedge-Fonds-Investitionen können es aber Hunderte von Prozenten sein. Wer beim Zocken streut, vermindert sein Risiko, und wer mit soviel Geld spielen kann, daß er die Kurse seiner Papiere oder x-beliebiger Rohstoffe manipuliert, *gewinnt immer* (u. a. auch durch Insidertrading). Auf diese Weise generiertes (Fiat-)Geld muß – siehe oben – aber „arbeiten“: Sonst wäre es ja *wertlos!* Also wird alles (auch Illegales; siehe Griechenland) unternommen, neue Schuldner zu finden, denn diese bringen ja Zinsen und Zinsenszins. Fiat-Geld ist nicht nur *gemachtes* Geld, sondern es macht auch *frisches* Geld: über den Schuldendienst.
- 5) Staatsanleihen *sind* Schulden: Sie sind angeblich das Sicherste – wenn es sich *nicht* um ein Drittweltland ohne Bodenschätze handelt. Ein EU-Land hingegen ist immer ein guter Tip: Too big to fail! 600 Millionen EU-Bürger stehen für alle Schulden gut – dafür sorgen schon die nahezu gleichgeschalteten Regierungen Europas und deren Angst um die jeweils eigenen Banken, deren Pleite unabsehbare Schäden für die heimische(n) Wirtschaft(en) nach sich zöge. Die österreichische Kärntner Hype-Alpe-Adria wurde nur aus diesem Grund „gerettet“ – mit dem Steuergeld der Österreicher, nachdem die Bayern über den Umweg einer kurzen Beteiligung um einige Milliarden Euros erleichtert worden waren ... Also wird den notorisch unter Geldmangel leidenden Staaten von den Banken Geld angedient und werden diese Nationalökonomien in die Schuldenfalle regelrecht hineingetrieben ... Haider hat das „Ostküsten-Methoden“ genannt ...

Retten Rettungsschirme?

Es sind also die Banken, die nach Schulden (*anderer*) gieren. So „druckt“ die EZB zwar (noch) keine den Geldumlauf vermehrende Euros – im Gegensatz zum FED, das täglich über 5 Milliarden frische Dollar in Umlauf setzt –, aber sie betreibt eine Geldmengenausweitung via Fiat-Geld: ohne Deckung durch entsprechend parallele reale (!) Wirtschaftsleistung ihrer Mitgliedsländer. Sie tut das über den oben schon angesprochenen „Rettungsschirm“ ,der European Financial Stability Facility (EFSF), indem sie marode Staatspapiere (Bonds) aufkauft: z. B. (in Zukunft?) solche Italiens, das mit 120 % seines BIPs fast genauso hoch verschuldet ist wie Griechenland ... Im Gegensatz dazu ist Tschechien, dessen Präsident Václav Klaus sich lange gegen die Lissabonner Verträge gewehrt hat, heute mit nur 35 % seines BIPs in der Kreide: Weil Klaus als klassischer Liberaler und Anhänger der freien Marktwirtschaft sich die eherne Regel des Wirtschaftens („Nicht mehr ausgeben als einnehmen“) mehr zu Herzen genommen hat als die Regierungen anderer EU-Staaten – und vor allem mehr als es die USA jemals auch nur angedacht hatten.

Das vom Bankenapparat nur virtuell verbuchte Fiat-Money, „real“ nur auf Computerbildschirmen und als Dateien, ist durch nichts Reales (oder nur in seinen Bruchteilen) gedeckt: Schulden werden nicht mehr durch das Überbringen von Geldkoffern „beglichen“ – offene Rechnungen werden „bilanziert“: im virtuellen Raum. Die bilanzierte Geldmenge ist weder durch Realwerte und schon gar nicht durch Gold gedeckt. Der Goldpreis war daher auch noch nie so hoch wie heute, was ein Alarmzeichen sein sollte, denn: Auch einen Gutteil des gekauften Goldes gibt es nur mehr virtuell. Goldkäufe in jüngsten Fällen sind nur mehr auf dem

Computerschirm (oder auf dem Kontoauszug) real, denn: Ein Gutteil des Goldes kann nur deswegen (noch) gehandelt werden, weil in Zeiten wie diesen immer mehr Anleger in Gold (eine vorgebliche „Realität“) flüchten, und kaum jemand seine(n) Goldbarren real (im Safe oder sonstwo) hortet – oder gar verkauft. Gäbe es heute einen Run auf reale Goldbarren, erginge es dem Goldmarkt wie einer Bank, die plötzlich all ihre Einlagen auszahlen müßte: Sie wäre noch vor dem Öffnen ihrer Bankschalter pleite ...

Es ist daher ein vitales Interesse von Regierungen, den Bankenapparat am Laufen zu halten, und es ist heute so, daß die Banken den Staaten Kredite aufschwätzen und sich am Zinseszins goldene Nasen (ausgedrückt in den Boni) verdienen. Die Regierungen wieder benötigen diese Kredite, weil sie überbordende Sozialforderungen ihrer Bevölkerungen bedienen müssen; wenn nicht, verlieren sie die nächsten Wahlen.

Fallen nun Kreditrückzahlungen von illiquiden Staaten aus, und findet sich niemand mehr, der sich für eine Umschuldung trotz horrender CDS-Aufschläge bereit erklärte, (sic Griechenland und Irland, demnächst Spanien und Italien; Portugal hat es Anfang 2011 gerade noch geschafft, auf dem internationalen Geldmarkt Gläubiger zu finden), fielen die bisherigen Gläubigerbanken um ihre Einsätze (trotz CDS) um und schlitterten in die eigene Pleite. Um genau das zu verhindern („Too big to fail“; das hatten wir schon mehrfach), werden die Regierungen der betroffenen Banken aktiv, denn Pleite(n) systemrelevanter Banken wäre(n) eine veritable wirtschaftliche Katastrophe für das betroffene Land. Also werden EZB und IWF kontaktiert, um die Haftung für nicht mehr rückzahlbare Staatspapiere (Bonds) zu übernehmen. Tatsächlich haften die Steuerzahler der in EZB und IWF einzahlenden Staaten.

Können solche Haftungen tatsächlich schlagend werden? Wer evaluiert Schrottpapiere? Welche Möglichkeiten dazu gäbe es denn?

- 1) die Hyperinflation: Wird eine solche inszeniert, entschulden sich die Währungshüter quasi automatisch, denn ihre Haftungen schmelzen durch die rasante Geldentwertung dahin wie Schnee in der Frühlingssonne ... allerdings auch die Ersparnisse der Staatsbürger und deren gehortetes Geld. Es handelt sich dabei um eine eiskalte Enteignung der Bürger – wie im 20. Jahrhundert bereits mehrfach gehabt ...
- 2) kriegerisches Schuldeneintreiben: Hitlers „Drittes Reich“ mag hier „Vorbild“ sein – alles schon dagewesen. Wie man heute weiß, hatte der US-amerikanische Bankenapparat (Rothschild et alia; was bei Hitlers perversen Antisemitismus natürlich vom Feinsten ist!) Hitlers Aufrüstung finanziert ... Beim heutigen Waffenarsenal, das von den USA im Jugoslawien-Krieg erstmals in situ getestet worden war, und im Irak-Krieg und im nach wie vor andauernden Afghanistan-Krieg noch immer reiche Erfahrungen einbringt („Kollateralschäden“ an der einheimischen Zivilbevölkerung und der Einsatz von Munitionssorten, die abgereichertes Plutonium verwenden), eine horrible Vision ... Waren es bei Hitler „nur“ noch die – von der Entente natürlich kurzzeitig verhängten! – Reparationszahlungen aus dem 1. Weltkrieg gewesen, von denen sich Deutschland befreien wollte, könnten es heute die völlig *uneintreibbaren* Schulden aufgrund der Finanzblasenwirtschaft und der US-amerikanischen Kriegstreiberei sein ... Könnten ...
- 3) Schuldenverzicht: Der österreichische Ökonom Heinz Wohlmeyer nennt ein derartiges Vorgehen „Welteröffnungsbilanz“ – und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel et alia beginnen behutsam, diesen (wohl einzig friedlich gangbaren) Weg auch nach- und anzudenken: Indem sie Gläubiger (und jetzt nicht nur Staaten und Banken, sondern auch Private, wer immer das auch sein mag ... Anleger? Spekulanten? Versiche-

rungen? Multis?) zum Verzicht auf zumindest einen Teil ihrer offenen Forderungen zu bewegen versuchen.

Letzteres klingt natürlich verlockend und erinnert ein wenig an den im normalen Geschäftsleben durchaus üblichen Ausgleich bzw. die Insolvenz – obwohl beide natürlich *ethisch* nicht zu rechtfertigen sind, weil durch sie der gutgläubige Lieferant schlicht um seinen Verdienst „verkürzt“ wird – eine Vorgehensweise, sie sonst (also außerhalb des Wirtschaftslebens) als „verbrecherisch“ im Sinne von Diebstahl, Raub oder (bei Absicht) als Betrug angesehen wird. In der Wirtschaft gilt solches freilich als Teil des „unternehmerischen Risikos“ ... Und dem Gesetz nach wird ein solch falsch eingeschätztes Risiko eben „entschuldet“.

Gläubiger sollen also – nach Wohlmeyer und vorsichtigen EU-Mitdenkern – im Großen auf uneinbringliche Schulden verzichten. Was passiert aber mit einer Bank, einem Unternehmen oder einem Fonds, die auf einen Teil ihrer/seiner Außenstände „verzichten“? Wenn Bilanzen ordentlich (und ehrlich!) geführt werden, bedeutet dies ab einem bestimmten Grad des „Verzichts“ die *Illiquidität* des Unernehmens, denn wenn das Soll das Haben übersteigt, ist das Kapital weg und das Unternehmen ebenfalls. Václav Klaus läßt grüßen.

Wer „rettet“ dann das Unternehmen, im Falle des „Euro-Rettungsschirms“ also die Bank(en) und letztlich die Staaten? Die EZB? Die ist doch selbst längst schon (real) pleite und hält in ihrer Bilanz Schrottpapiere zum Anschaffungswert! Die einzelnen Volkswirtschaften? Die bislang funktionierenden (Deutschland, Österreich, die Niederlande, Luxemburg, aber auch Schweden, Finnland, Dänemark) sind durch das Desaster der Nicht-Funktionierenden längst auf dem Boden und zwar:

- 1) durch falsch argumentierte Haftungsübernahmen („Rettungsschirme“) und
- 2) weil es zum Abdecken der Verluste der mediterranen Mißwirtschaftler längst zu einem kalten Transfer der Gewinne aus den positiv wirtschaftenden Ländern in den Süden gekommen ist: und zwar über die Gläubiger der „Rettungsschirme“ via EZB.

Und China?

Ein durch uneinbringliche (!) Schulden belasteter Euro verliert allmählich an Wert; seiner Geldmenge steht zunehmend Reales in nicht mehr ausreichendem Maß gegenüber. Denn China ist z. Z. dabei, mit seinen nach wie vor konkurrenzlos billig hergestellten (weil nicht durch soziale Leistungen und Umweltauflagen belasteten und durch nicht der Kaufkraftparität entsprechenden Wechselkursen begünstigten), aber an Qualität beachtlich zugenommen habenden Waren die europäische Produktion in den Boden zu rammen wie zuvor schon die US-amerikanische! China hat eben (Anfang 2011) zugesagt, den EU-Pleiteländern Griechenland und Portugal deren Staatsanleihen abzukaufen. China stärkt somit die Euro-Zone – aber nur vordergründig! Zwar gewährt es Europa damit Kredit – wie zuvor schon den USA –, aber China tut das nicht selbstlos. Einerseits kauft China Euros, um nicht alleine auf seinen allmählich wirklich wertlos gewordenen US-Dollars sitzen zu bleiben, andererseits verlangt es damit, als Handels- und Geschäftspartner, vor allem als Investor auch in Europa akzeptiert zu werden. Denn: China ist in den letzten beiden Jahren zum größten Kreditgeber von Schwellen- und Entwicklungsländern geworden: Am 10. Februar 2011 „überbrachte“ z. B. der chinesische Außenminister Yang Jiechi dem „Freund, guten Bruder und guten Partner“ Robert Mugabe, 86, Langzeitdiktator Simbabwe, 10 Milliarden US-Dollar für Rohstofflieferungen und „Entwicklungsprojekte“. Über 80 Milliarden Euros dürften Hu Jintaos Mannen in diesem Zeitraum nach Afrika, Südasiens und nach Südamerika geschleust haben – das ist mehr, als die

Weltbank (die bekanntlich unter USA-Kuratel steht) im gleichen Zeitraum in die Drittweltländer von Venezuela (Öl) bis Zaire (Gold und Diamanten) gepumpt haben.

Zusätzlich hat China weltweit Bergwerke, Rohstoffe, Ländereien, Industriestandorte, ja ganze Landstriche und indirekt damit Länder quasi aufgekauft: Es wechselt über locker vergebene Kredite an den Süden schlicht seine allmählich wertlos werdenden Devisenreserven in Realitäten um – und halst das bedruckte Papier den Drittweltländern auf ... ohne daß es sich wegen Menschenrechten oder Umweltschutz rechtfertigen müßte. An die 56 Milliarden US-Dollar sollen auf diese Weise alleine 2009 in den Schwarzen Kontinent geflossen sein, zusätzlich zu rund einer Million dort arbeitender Chinesen, die „technische Hilfe“ leisten. Die Chinesen – die größte „verlängerte Werkbank“? Laut dem jüngsten Fünfjahresplan wollen die Chinesen 1,5 Billionen US-Dollar in Zukunftstechnologie investieren ... Kein Wunder: Das Land der Mitte bezahlt schon jetzt immer öfter in Form von Naturalien made in China: Man bemüht längst schon kein Geld mehr; man tauscht: Rohstoff gegen Plastik ... und macht sich den Partner damit gefügig – und abhängig. Der US-Dollar? Eine Auslaufwährung.

China heißt die zweite Supermacht – und etwa 2027 wird China auch die USA beim BIP überholt haben. Dann wird Chinas BIP knapp 33 Billionen US-Dollar betragen (heute: 5,45), das der USA wird bei zirka 23 Billionen US-Dollar dahindümpeln (heute: ca. 15). Umgelegt auf das Pro-Kopf-Einkommen werden die USA aber nie (sag niemals „nie“) zu überholen sein: Es gibt immerhin z. Z. mit 1,3 Milliarden fast viermal soviel Chinesen als US-Amerikaner – und dividiert man die jeweiligen BIPs durch die Einwohner, bleiben die Gelben (die eigentlichen Weißen, denn: Was verriet ein Chinese weiland Ihrem Autor? „Europäer haben eine Hautfarbe wie Schweine – rosig. Unsere ist aber weiß!“ Recht hat er.) auch in Zukunft weit abgeschlagen.

Nein, das westliche System hat ausgedient, die Chinesen und Inder wollen es gar nicht mehr – zumindest nicht ihre Reichen und die sie begünstigenden Regierungen. Autos – ja. Häuser und Wohnungen für die chinesische Oberschicht: ja. Handys, westliches Wohlleben – für die chinesische und indische Oberschicht: selbstverständlich ... Aber für alle? Sozialstandards á la Österreich oder Schweden? Klimaschutz? Umweltstandards? CO₂-Reduktion? Demokratisierung? Menschenrechte? Pensionsversicherung? Unleistbar ... Dafür zählt China z. Z. 189 Dollar-Milliardäre – und der größte Ballungsraum der Erde ist bald nicht mehr Tokio, sondern mit 42 Millionen eine neue Supermetropole in Südchina. Der „Big Apple“? Forget it ... oder gibt es doch den realistischen Traum einer ökosozialen Weltwirtschaft?

Zukunft nach den Double Dip?

Europa am Boden, die USA – wie Rußland; dessen BIP betrug 2010 geschätzte 1.500 Milliarden US-Dollar und rangierte damit, weit abgeschlagen, als letzte der ersten Zehn hinter Kanada (!), Brasilien, Italien (!) und Großbritannien – gefallene ehemalige Weltmächte (das untergegangene Weltreich der Habsburger läßt aus der Vergangenheit grüßen). Dollar und Euro Geschichte, China als Hauptgegner (und Kreditgeber) Indiens und Brasiliens, Afrika eine chinesische Kolonie, Europa zukünftiges Ferienziel für Ostasiaten – und Chinesisch Weltsprache.

Keine Alternative?

Doch: Krieg! Und zwar jener der USA gegen die Welt – um seine Hegemonie zu bewahren! Kriegerisches Schuldeneintreiben der höchstgerüsteten Militärmacht – wer möchte ihr was

entgegensetzen? Mit dem ‚unsinkbaren Flugzeugträger‘ im Nahen Osten als willfährigen Partner – Bush und Cheney und Wall Street haben ihn unangreifbar gemacht! –, einem uneinigen Europa und einem geschwächten Rußland als „Gegner“? Was nützt da die „Force de frappe“? Was will dagegen ein sexbesessener, von der eigenen Justiz verfolgter Südeuropäer, dessen Ex-Koalitionspartner das Land teilen wollte? Was will dagegen ein sich selbst moralisch zerfleischendes Deutschland, das militärisch nichts zu vermelden hat – nicht einmal in Afghanistan?

„Schöne“ neue Welt!

Double Dip?

Systemkonforme Ökonomen und Regierungen reden zur Zeit die Ökonomie(n) schön und bezeichnen die Krise als überwunden. Alle Zeichen stünden auf Hausse, der Euro festige sich, der Dollar sei nach wie vor Leitwährung, und die Chinesen würden sich hüten, den Dollar in Gefahr zu bringen: bei mehr als einer Billion Dollar an Devisenreserven? Diese Schönredner – und dazu gehören bezahlte (?) Nobelpreisträger – wollen uns doch tatsächlich weismachen, die Finanzblase wäre in ihrem Weiterwachsen gestoppt worden ...

Wie bitte? Die Boni der Bank(st)er toppen sich von mal zu mal – aufgrund ungebrochen weiteren Aufblähens der Derivateblase; die Schulden der USA (und deren Arbeitslosenzahlen) nehmen rapide zu, die EZB und die willigen Regierungschefs der EU übernehmen Haftungen für uneinbringbare (!) Schulden und weiten damit die Geldmenge des unter Druck gekommenen Euro unverantwortlich aus; die Chinesen kaufen sich ungeniert in Europa ein (auch in Österreich: siehe Verkauf des Flugzeugkomponenten-Herstellers FACC an Xi'an Aircraft – pikanterweise durch einen ehemaligen Vizekanzler), europäische Staatsbonds auf und machen sich die Europäer damit gefügig – jetzt stützen die Chinesen nicht nur den US-Dollar, sondern auch den Euro – vorläufig. Frankreich und Deutschland streiten um die Hegemonie in Europa: Deutschland solle seine weltweit begehrte industrielle Produktion (also seinen wirtschaftlichen Erfolg) herunterfahren, um damit den Meditteranen die eigenverantwortlich und mutwillig durch Mißwirtschaft versäumten Chancen wieder einzuräumen: jene auf den Norden Neidischen, die auf Pump gelebt, aber nicht ausreichend in Nachhaltiges investiert haben, denn: Feriendomizile und Hotelburgen für den Tourismus aus dem Norden bringen eben nur solange Einkommen, als industriell (!) Werktätige den dazu nötigen finanziellen Überschuß produzieren, um ihn im Tertiärsektor (Dienstleistungen) ausgeben zu können.

Der europäische Süden wird die Euro-Zone wohl verlassen müssen und – wie weiland das nordafrikanisch-französische Kolonialreich mit dem CFA, dem Colonial Franc Africaine – mit einem Euro zweiter Klasse leben lernen müssen: Weil es eben nicht geht, daß unterschiedlich strukturierte und auch weniger ehrlich (man erinnere sich an die Lügen der Griechen gegenüber Brüssel!) betriebene Ökonomien unter eine einheitliche Währung schlüpfen, welche die einen durch Arbeit und Einsatz stärken, während sie andere durch Mißwirtschaft vernichten ... oder schlicht durch Korruption verspielen.

Geeintes Europa?

Was unausweichlich kommen *muß*, ist der Double Dip: Jetzt erst, nach der – scheinbaren – Erholung der Weltwirtschaft und dem weiterhin schamlosen Ausnutzen aller legalen und illegalen Geldmengenausweitungen, und nachdem sowohl die USA mit rücksichtslosem Greenback-Drucken und die EZB mit verschämten Ankäufen von Schrottpapieren US-Dollar und

Euro in Grund und Boden vernichtet haben, wird der nächste Dip das auslösen, was kommen muß: das Ende unseres gegenwärtigen Währungssystems.

Und unseres Wohllebens.

Nichts, aber rein gar nichts, wird dies verhindern: Weil jedes System (und jede Hegemonie!) sein/ihr Ende hat, und nichts „ewig“ währt. Und schon gar kein auf Betrug und die Ausbeutung der gesamten Welt aufgebauter Wohlstand Weniger. Und deren maßlose Gier nach mehr und mehr ...

Die Chinesen habe alle Zeit der Welt ...

*Klosterneuburg , Am Ölberg, und Kaumberg im Triestingtal, NÖ,
vom 29. bis zum 31. Jänner 2011*

Ich danke Herrn Senator Hon. Prof. DI. Dr. Heinrich Wohlmeyer für seine Denkanstöße, sowie für das behutsame Durchlesen, Ergänzen und Korrigieren des vorliegenden Aufschreis. Er meint, er verstehe den berechtigten Furor des Philosophen und Wirtschaftsgeographen und er hofft, daß durch ihn manche aufwachen, bevor es zu unverantwortlichem Elend und Leid kommt.